

**Protokoll  
über die 36. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 14.12.2006**

**Beginn:** 18:00 Uhr  
**Ende:** 20:30 Uhr  
**Ort:** Caritas-Jugendhaus Lankow (Endhaltestelle Straßenbahnlinie 2), Ratzeburger Str. 44a, 19057 Schwerin

**Anwesenheit**

**Vorsitzender**

Sembritzki, Erika Die Linkspartei.PDS

**2. Stellvertreter des Vorsitzenden**

Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU

**ordentliche Mitglieder**

Bemann, Annegret	SPD
Brill, Anna	Die Linkspartei.PDS
Riedel, Georg-Christian	CDU
Woywode, Robert	CDU

**stellvertretende Mitglieder**

Leppin, Patricia	Unabhängige Bürger	
Marksteiner, Klaus	Die Linkspartei.PDS	
Meslien, Daniel	SPD	ab TOP 4
Schulz, Andreas	Die Linkspartei.PDS	

**beratende Mitglieder**

Pawlitzok, Heinz

**Verwaltung**

Antrum, Uwe  
Block, Steffen  
Junghans, Hermann  
Meer, Ludger  
Rogmann, Jürgen

**Leitung:** Erika Sembritzki

**Schriefführer:** Annika Winter

## **Festgestellte Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschriften
  - 2.1. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 34. Sitzung vom 16.11.2006
  - 2.2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 35. Sitzung (Sondersitzung) am 28.11.2006
3. Änderungen der Richtlinien Behindertenfahrdienst
4. Mitteilungen der Verwaltung
5. Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II
6. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung
  - 6.1. Parkbänke mit Notrufnummern  
Vorlage: 01381/2006
  - 6.2. Wohnen im Alter  
Vorlage: 01382/2006
7. Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

##### Bemerkungen:

Die Ausschussvorsitzende, Frau Sembritzki, eröffnet die 36. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen, begrüßt die Ausschussmitglieder, sowie die Vertreter der Verwaltung und die Gäste. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Der Tagesordnungspunkt 6.1 wird vorgezogen und nach dem Tagesordnungspunkt 2 behandelt.

##### Beschluss:

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

##### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

#### zu 2 **Bestätigung der Sitzungsniederschriften**

##### zu 2.1 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 34. Sitzung vom 16.11.2006**

##### Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift wird ohne Ergänzung beschlossen.

##### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

##### zu 2.2 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 35. Sitzung (Sondersitzung) am 28.11.2006**

##### Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift wird ohne Ergänzung beschlossen.

##### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

### zu 3 **Änderungen der Richtlinien Behindertenfahrdienst**

#### **Bemerkungen:**

Die modifizierte Richtlinie mit Stand vom Dezember 2006 wurde mit der Einladung an alle Ausschussmitglieder versandt.

Die Verwaltung erläutert die wesentlichen Änderungen der Richtlinie:

- Vorbehaltlich einer gültigen Haushaltssatzung können Berechtigte vier Fahrten des Behindertenfahrdienstes pro Monat beanspruchen,
- nicht genutzte Fahrten im jeweiligen Monat verfallen, d.h. eine Übertragung in den folgenden Monat ist nicht zulässig,
- ein grundsätzlicher Anspruch auf die Benutzung des Fahrdienstes besteht jeweils ab dem 01. des Monats, in welchem die Berechtigtenkarte ausgestellt wurde.

Es wird die Auffassung vertreten, dass Berechtigten insgesamt 48 Fahrten pro Jahr zugestanden werden sollten bzw. einen entsprechenden Anteil ab Antragstellung und dass nicht genutzte Fahrten in einem Monat nicht verfallen sollen, sondern eine Übertragung zulässig sein soll.

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, den Behindertenbeirat vor einer Beschlussfassung zu beteiligen.

#### **Beschluss:**

Die Beschlussfassung über die Richtlinie wird zurückgestellt. Der Behindertenbeirat soll beteiligt werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

### zu 4 **Mitteilungen der Verwaltung**

#### **Bemerkungen:**

##### **1. Haushaltssatzung 2007; vorläufige Haushaltsführung**

In der 35. Sitzung des Ausschusses wurde die Verwaltung aufgefordert, zu prüfen, wie der Stadtvertreterbeschluss vom 12. Dezember 2005 bezüglich der finanziellen Zuwendungen an die Vereine und Verbände vor dem Hintergrund des Erlasses des Innenministeriums vom 19. September 2006 für das Haushaltsjahr 2007 noch im Jahr 2006 durch Erlass von Verwaltungsakten in der Form von Zuwendungsbescheiden rechtsfehlerfrei umgesetzt werden kann, damit auch bei vorläufiger Haushaltsführung im Jahr 2007 die Zuwendungen ausgezahlt werden können.

Sollte der Erlass dieser Verwaltungsakte rechtlich nicht möglich sein, soll die Verwaltung ein geeignetes Verfahren empfehlen, um die entsprechenden Haushaltsmittel ab Januar 2007 den Trägern zuzuwenden.

Die Verwaltung erläutert hierzu, dass im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung Ausgaben für 2007 nur geleistet werden dürfen, zu deren Leistung die Kommune gesetzlich verpflichtet oder bei Beginn des Haushaltsjahres vertraglich verpflichtet sei bzw. die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar seien (§ 51 KV M-V).

Der Erlass des Innenministeriums vom 19. September 2006 verdeutlicht, dass der in der Vergangenheit gefundene Umgang mit dieser Vorschrift (1/12 – Regelung) nun nicht mehr angewendet werden könne.

Für die Auszahlung der freiwilligen finanziellen Zuwendungen an Vereine und Verbände bestehe demnach im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung außerhalb des § 51 KV M-V keine Möglichkeit.

Der Finanzdezernent werde die Problematik mit dem Innenminister vertiefen. Bei Genehmigung des Haushaltes 2007 durch das Innenministerium sei eine Auszahlung der Fördermittel möglich.

## **2. Information zum Bericht über die Pflichtleistungen im Sozialbereich**

Der angekündigte Entwurf des Berichtes wird der Verwaltungsspitze im Januar vorgelegt. Danach wird die Entwurfsfassung als Zwischenstand zusammen mit der „Liste offener Punkte“ im Ausschuss vorgestellt.

## **3. Fragen der SPD-Fraktion**

Die SPD-Stadtfraktion bat in der 32. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 12. Oktober 2006 um die Beantwortung von Fragen im Zusammenhang mit den Regeln für die Leistungen für Unterkunft und Heizung. Die Fragen und deren Beantwortung sind dem Protokoll der 34. Sitzung als Anlage 2 beigefügt.

Die Beantwortung der Zusatzfragen zur örtlichen Lage und zur durchschnittlichen Größe der genannten 120 freien Wohnungen der WGS sind diesem Protokoll in der Anlage 1 beigefügt.

### **Beschluss:**

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

## **zu 5 Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II**

### **Bemerkungen:**

#### **1. Kommunalen Finanzierungsanteil**

Der Beigeordnete, Herr Junghans, berichtet, dass der Kommunale Finanzierungsanteil höchstwahrscheinlich 12,6 Prozent im Jahr 2007 betragen werde. Im Jahr 2006 beträgt er 7,5 Prozent.

## **2. Vorbereitung einer gemeinsamen ARGE**

Die Verwaltung berichtet, dass es mit der Bildung des Großkreises im Jahr 2009 auch eine gemeinsame Arbeitsgemeinschaft geben werde. Die Vorbereitungen hierfür hätten bereits begonnen. So gebe es eine gemeinsame Widerspruchsstelle, einen gemeinsamen Arbeitgeberservice und ab 2007 eine gemeinsame Bearbeitung der Ordnungswidrigkeiten.

## **3. Fragen aus der 34. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen**

Die Beantwortung der Fragen aus der 34. Sitzung sind dem Protokoll in der Anlage 1 beigefügt.

## **4. Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen für Unterkunft und Heizung**

Die Verwaltung führt aus, dass die oben genannte Richtlinie zum 01. Januar 2007 angepasst wird. Die Angemessenheitsgrenze werde sich um 0,30 Euro pro qm, aufgrund von Betriebskosten- und Mehrwertsteuererhöhung, verändern.

### **Beschluss:**

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

## **zu 6 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung**

### **zu 6.1 Parkbänke mit Notrufnummern Vorlage: 01381/2006**

#### **Bemerkungen:**

Die Vertreterin der SPD-Fraktion, Frau Bemann, erläutert den Antrag. Herr Rogmann, Leiter des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst, führt aus, dass grundsätzlich nichts gegen eine Ausstattung der Parkbänke mit einem Nummernsystem spreche, eine Ortung kranker und verletzter Menschen jedoch auch schnell und unkompliziert mittels des benutzten Mobiltelefons erfolgen könne. Es sei noch nicht vorgekommen, dass eine Person, welche einen Notruf abgesendet hat, nicht aufgefunden worden wäre. Der Vertreter der SDS, Herr Autrum, macht darauf aufmerksam, dass allein 490 städtische Parkbänke mit Nummern versehen werden müssten. Die Anlaufkosten betrügen rund 20.000 Euro. Darüber hinaus, müsse gewährleistet werden, dass die Parkbänke unverrückbar an ihrem Standort verbleiben. Einige Ausschussmitglieder merken an, dass die Notwendigkeit eines Nummernsystems auf Parkbänken zweifelhaft erscheine, da nur mittels eines Mobiltelefons ein Notruf abgesendet und dieses dann genauso sicher durch die Rettungsstelle geortet werden könne.

Zur Beschlussfassung sind weitere Analysen erforderlich.

### **Beschluss:**

Es erfolgte eine erste Befassung mit dem Antrag der SPD-Fraktion.  
Zur Beschlussfassung sind weitere Analysen erforderlich. Der Antragsteller und ggf. die Verwaltung werden gebeten weitergehende Informationen in der übernächsten Ausschusssitzung vorzutragen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

## **zu 6.2 Wohnen im Alter Vorlage: 01382/2006**

### **Bemerkungen:**

Die Vertreterin der SPD-Fraktion, Frau Bemann, erläutert den Antrag.  
Die Verwaltung merkt an, dass dieser Beschlussvorschlag so nicht ausgeführt werden könne, da die Landeshauptstadt selbst keine Wohnungen errichtet.  
Herr Block schlägt vor, dass hierzu eine Abstimmung mit den Schweriner Gesellschaften SWG und WGS vorgenommen werden solle.

Vor einer Beschlussfassung ist der Antrag weiter zu qualifizieren, vor allem sollte der Begriff „Altersgerechtes Wohnen“ konkretisiert werden. Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Thematik des altengerechten Wohnens in die Leitbilddiskussion einfließen zu lassen.

### **Beschluss:**

Es erfolgte eine erste Befassung mit dem Antrag der SPD-Fraktion.  
Zur Beschlussfassung ist eine Qualifizierung des Antrages notwendig.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

## **zu 7 Sonstiges**

Es gab keine Anmerkungen.

gez. Erika Sembritzki

---

Vorsitzende/r

gez. Annika Winter

---

Protokollführer